

Ortsumgehung Gerresheim (L404n) (03.03.2012, Antragssteller: Ortsverband 7)

Die FDP-Ratsfraktion wird aufgefordert, die Ortsumgehung Gerresheim (L404n) wie im Kommunalwahlprogramm 2009 beabsichtigt, im Bereich des Geländes der ehemaligen Glashütte schnellstmöglich in zur Erschließung in Angriff zu nehmen und Mittel im Haushalt bereitzustellen.

Der Antrag wird bei einigen Enthaltungen angenommen!

Finger weg von der Benderstraße! (16.05.2012, Antragssteller: Ortsverband 7)

Der Kreisverband Düsseldorf unterstützt die Bürgerinitiative gegen den Umbau der Benderstraße nach seinen Kräften. Die Düsseldorfer FDP steht an der Seite der Bürger und der Kaufleute, die den Niedergang der Benderstraße verhindern wollen.

Der Antrag wurde nach eingehender Diskussion mit 13 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen in dieser geänderten Form angenommen!

Wachstum für eine freie Gesellschaft, Wohlstand und Arbeit (16.05.2012, Antragssteller: Kreisverband)

Die Entfaltung des Individuums ebenso wie von Unternehmen heißt für uns Liberale Wachstum. Ständig entwickeln sich Menschen persönlich weiter, sind innovativ, verändern sich und ihre Umwelt und tragen so zu Fortschritt und Entwicklung bei. Mit der persönlichen Kreativität und Einzigartigkeit jedes Einzelnen verändern Menschen unsere Gesellschaft und bringen mit ihren Ideen sich selbst und ebenso die Gemeinschaft voran. Unternehmen produzieren Waren, Dienstleistungen und Ideen, fördern Innovation und setzen neue Ideen in wirtschaftlichen Erfolg und Arbeitsplätze um. Bildung, Wissenschaft und Forschung erweitern Horizonte nicht nur für jeden Einzelnen, sondern für die gesamte Gesellschaft und die Wirtschaft. Entwicklung und Entfaltung braucht Freiraum. Wachstum ist für Liberale ein Freiheitsthema.

Die FDP in Düsseldorf hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass kluge Politik Wachstum fördert. Düsseldorf steht wirtschaftlich erfolgreich da. Bundesweit steht unsere Stadt an zweiter Stelle der Neueintragungen im Handelsregister und auf dem ersten Platz bei der Neugründung von Unternehmen im High-Tech-Bereich. Mit unserer erfolgreichen Heinrich-Heine-Universität und den vielen exzellenten Hochschulen wie zum Beispiel der Fachhochschule, der Kunstakademie oder der Musikhochschule zieht Düsseldorf kluge Köpfe aus aller Welt an. Als bedeutender Standort für Mobilfunkunternehmen steht Düsseldorf in Europa an der Spitze moderner Kommunikationstechnologie. Damit unsere Stadt so erfolgreich wachsen konnte und weiter wachsen kann, haben Liberale in der Verantwortung gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU die Grundlagen gelegt: durch eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, durch eine klare Mittelstandsstrategie, durch Unterstützung von Existenzgründungen junger, innovativer Unternehmen, durch gute Schulen und eine Infrastruktur, die Menschen die Möglichkeit gibt, sich nach ihrem persönlichen Lebensmodell zu entfalten und durch vielfältige Angebote im Bereich der Kultur ihren Horizont zu erweitern.

Diesen Weg wollen und werden wir weitergehen. Dazu ist es notwendig, auch auf Bundesebene die richtigen Weichen zu stellen. Die Liberalen in der Regierungsverantwortung im Bund sind Garant dafür, dass mit wirtschaftlicher Vernunft, hoher Priorität für Bildung und Wissenschaft, Haushaltsdisziplin und einem starken Kompass für die Bürgerrechte die nötigen Freiräume für Wachstum erhalten und geschaffen werden können.

Dabei muss es darum gehen, nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Kurzfristiger Aktionismus und durch staatliche Konjunkturprogramme angeheizte Strohfeuer ersetzen nicht eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, auf Marktkräfte zu setzen. Märkte verändern sich stetig, unsere Wirtschaftspolitik will nicht durch Protektionismus überkommene Geschäftsmodelle oder hergebrachte Industrien über ihre Zeit retten, sondern einen Rahmen für Entwicklung schaffen. Wachstum ist nicht nur Größenwachstum, sondern auch Wandel und das Entstehen neuer Möglichkeiten.

Nachhaltiges Wachstum darf kein zerstörerisches Wachstum sein, das seine eigenen Grundlagen verzehrt. Daher gehört zum Wachstum der behutsame und vorausschauende Umgang mit natürlichen Ressourcen und unserer Umwelt.

Unternehmen wachsen durch ihre Mitarbeiter. Daher muss wirtschaftlicher Erfolg auch bei den Menschen ankommen. Diejenigen, die den Aufschwung tragen und ihn durch ihre Arbeit erst ermöglichen, müssen am Erfolg teilhaben. Wachstum muss Chance für alle sein.

Wachstum hat viele Voraussetzungen.

Die FDP Düsseldorf setzt sich deshalb unter anderem dafür ein, dass

- durch gute Bildungspolitik die Grundlage gelegt wird für die Entfaltung der Chancen und Fähigkeiten jedes Einzelnen.
Persönliches Wachstum braucht Bildung. Allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft die besten Chancen mit auf den Weg zu geben, ist daher die Grundvoraussetzung für eine wachsende Gesellschaft und für die Entwicklung jedes Einzelnen zu einem verantwortungsvollen, eigenverantwortlichen Individuum sowie zu dessen wirtschaftlichem Erfolg. Die Schulpolitik in Düsseldorf werden wir daher weiter daran ausrichten, dass mit individueller Förderung und gleichzeitig ausreichender Herausforderung jedes Kind seine Talente voll entfalten kann.
- die berufliche Bildung in Düsseldorf durch Partnerschaften mit der Wirtschaft, insbesondere den Kammern, für Ausbildungsplätze ebenso wie für gute Berufsschulen weiter vorangebracht wird.
Unser Ziel ist, dass alle Jugendlichen in Düsseldorf, die einen Ausbildungsplatz suchen, auch einen passenden finden. Mit gezielter Förderung werden wir weiterhin dafür sorgen, dass Jugendliche in den allgemeinbildenden Schulen alle Fähigkeiten mit auf den Weg bekommen, um erfolgreich eine Ausbildung absolvieren zu können.
Unsere Hochschulen werden wir auch künftig zu exzellenten Wissenschaftseinrichtungen weiterentwickeln. Mit aktiver Unterstützung für den Technologietransfer werden wir die innovativen Unternehmen an wissenschaftlichen Erfolgen teilhaben lassen. Kooperationen zwischen Universität und Existenzgründern sowie anderen Unternehmen liegen uns dabei besonders am Herzen. Die FDP in Düsseldorf unterstützt entsprechende Initiativen und räumt diesen in ihrer Politik eine hohe Priorität ein.
- durch die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung öffentliche Mittel klug und nachhaltig eingesetzt werden.
Unsere Politik, die nun im dreizehnten Jahr einen schuldenfreien Haushalt ermöglicht hat, ist die Basis für Vertrauen in wirtschaftlichen Erfolg und Zukunftsinvestitionen. Mit der FDP wird es in Düsseldorf auch weiterhin eine vernünftige Haushaltspolitik geben, die Unternehmen einen verlässlichen und wachstumsorientierten Rahmen bietet. Dazu gehört, dass es besser ist, die Freiräume im städtischen Haushalt dafür zu nutzen, die Belastung von Unternehmen mit Steuern und Gebühren weiter zu senken, anstatt Schulden abzahlen zu müssen.
Städte, die gut gehaushaltet haben, müssen die Früchte ihrer Anstrengungen auch nutzen können. Es entspricht nicht unserer Vorstellung von Verantwortung, dass diese Städte für die Schulden anderer in Haftung genommen werden. Die FDP Düsseldorf wird sich weiter dafür einsetzen, dass die rot-grüne Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht diejenigen bestraft, die mit dem Geld der Bürger verantwortungsvoll umgehen.
- Wirtschaft und Handel konkurrenzfähig bleiben, global, national und kommunal.
Auch die Unternehmen in Düsseldorf stehen den Herausforderungen des weltweiten Wettbewerbs mit zum Teil in aufstrebenden Schwellenländern kostengünstig agierender Unternehmen sowie der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise gegenüber. Hier kann nur bestehen, wer seine eigenen Stärken ausbauen und herausstellen kann. Für hiesige Unternehmen heißt dies Qualität, Innovation und Flexibilität. Damit schaffen Großunternehmen und Mittelstand Arbeitsplätze in Düsseldorf für Düsseldorf. Hier gilt es, zusätzliche Hürden in Form von standortunfreundlichen Gewerbesteuern und unnötiger Bürokratie zu beseitigen.
Für den Einzelhandel ist Bürokratie auch gleichbedeutend mit festgelegten Ladenöffnungszeiten. Investoren haben heute viele Standorte in Deutschland und Europa zur Auswahl. Die Attraktivität eines Standortes ist daher unmittelbar auch mit der Gestaltung von

Öffnungszeiten verbunden. Die FDP Düsseldorf unterstützt daher die Landtagsfraktion in ihrem Anliegen, die derzeitige Flexibilität der Ladenöffnungszeiten nicht zum Opfer der Regulierungswut der rot-grünen Regierung unseres Landes werden zu lassen.

- Verkehr und Infrastruktur in Düsseldorf sich entsprechend den Bedürfnissen der Bürger weiterentwickeln.
Die FDP Düsseldorf setzt sich dabei für einen guten Mix der Verkehrsträger ein. Wir wollen ein hohes Niveau des ÖPNV, gute Straßenverhältnisse und einen weiteren Ausbau der Radwegeverbindungen in Düsseldorf, damit jeder Bürger selbst entscheiden kann, welches Verkehrsmittel für ihn das Geeignete ist. Ein breites Verkehrsangebot trägt außerdem dazu bei, den Stadtverkehr effektiv auf mehrere Säulen zu verteilen und damit einseitige Belastungen zu vermeiden. Wegweisende Infrastrukturprojekte wie die Wehrhahnlinie und der Kö-Bogen stärken Düsseldorf weiter als attraktiven Ort für Bürger und Wirtschaft.
- durch Umweltschutz dazu beigetragen wird, dass natürliche Ressourcen geschont werden, um Wachstum auch für die kommenden Generationen zu ermöglichen.
Dazu gehört auch die Förderung regenerativer Energien, wie sie die Bundesregierung mit dem Programm zur Energiewende beschlossen hat. Wir wollen auf kommunaler Ebene dazu beitragen, dass durch regenerative Energien der Bedarf von Wirtschaft und Einwohnern an sicherer und verlässlicher Energie gedeckt ist. Dabei sind wir mit der Bundesregierung einer Meinung, dass wir Mittel effektiv einsetzen müssen. Staatliche Förderung darf es nur zeitlich begrenzt und als Anschlag für den Markteintritt geben. Die vielen Menschen in Düsseldorf, die durch Solarpaneele auf ihren Dächern einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, haben keine Einbußen bei der zugesagten Förderung zu befürchten. Die FDP Düsseldorf erkennt ausdrücklich die Verantwortung der Eigentümer für unsere Umwelt an. Es ist aber für die Zukunft wichtig, dass nicht mehr über 50% der für regenerative Energien zur Verfügung stehenden Fördermittel für nur 3% der erzeugten Energie aufgewendet wird. Damit leisten wir einen Bärendienst für Umwelt und Klima und entziehen künftigen Generationen ihren Spielraum für Wachstum und Wohlstand.
- mit der Lokalen Agenda 21 mit lokalen Projekten auch in unserer Stadt die Grundlage für Klimaschutz, Umweltschutz und nachhaltiger Nutzung unserer Ressourcen gelegt wird. Die FDP in Düsseldorf strebt dabei an, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft in unserer Stadt unsere lebenswerte Natur zu erhalten, Energie zu sparen und Anreize zu setzen, umweltgerecht zu wohnen und zu leben.
Im Einklang mit der Initiative der Bundesregierung zur Förderung der Elektromobilität wollen wir mit der Einrichtung von speziellen Parkplätzen für Elektroautos insbesondere in der Innenstadt umweltgerechte Mobilität fördern. Die Stadt geht mit E-Autos im eigenen Fuhrpark bereits mit gutem Beispiel voran. Auch durch Flächennutzungspläne berücksichtigen wir eine nachhaltige Entwicklung und ein qualitatives Wachstum der Lebensqualität unserer Stadt.
- eine schlanke Verwaltung und ein innovatives bürger- sowie wirtschaftsfreundliches E-Government-Konzept die Menschen und Unternehmen von Bürokratie entlastet.
Kosten und Zeit der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen nicht für Verwaltungsvorgänge aufzuwenden sein, sondern für persönliches und wirtschaftliches Wachstum. Mit ihrem E-Government-Konzept ist Düsseldorf bundesweit beispielhaft für die effektive Nutzung moderner Technologie in der Verwaltung. Wir wollen darin fortfahren, Verwaltungsvorgänge zu beschleunigen und gerade für Existenzgründer bürokratische Hürden abzusenken. Langwierige Verfahren binden Kräfte, die besser für Kreativität, Innovation und damit Wachstum genutzt werden können.
- Kulturförderung die Vielfalt und Kreativität erhält, die unsere Stadt nicht nur lebenswert und bunt macht, sondern auch für gesellschaftliche Entwicklung unabdingbar ist.
Gesellschaftliches Wachstum braucht kulturelle Impulse, um sich mit Entwicklungen auseinanderzusetzen, Ideen zu verarbeiten und einen kritischen Diskurs aufzugreifen. Dabei sind gerade junge Künstler und die alternative Kulturszene wesentliche Motoren der gesellschaftlichen Entwicklung. Daher setzt die FDP in Düsseldorf darauf, diesen Angeboten in Kulturzentren Raum zu geben und dadurch zu unterstützen. Auch die Kulturmittel der Stadt wollen wir

so einsetzen, dass neue, junge und alternative Projekte ausreichend zur Bereicherung des Angebotes beitragen.

- die strikte Einhaltung der Balance von Sicherheit und Freiheit dafür sorgt, dass sich die Menschen ohne Angst in ihrer Individualität frei entfalten können.
Die effektive Prävention und Bekämpfung von Kriminalität durch eine personell und sächlich gut ausgestattete Polizei ist für unseren Rechtsstaat selbstverständlich. Daher setzt die FDP in Düsseldorf auf eine Stadtplanung, die Gefahrenräume vermeidet, und auf eine Polizei, die dort besondere Präsenz zeigt, wo Gefahrenschwerpunkte sind. Persönliche Entfaltung und damit auch Persönlichkeitswachstum braucht die Gewissheit, dass in einer Gesellschaft Unterschiede und Vielfalt, Non-Konformismus und Individualität möglich sind. Dauerhafter Überwachungsdruck führt zu einer Gesellschaft, in der diese Gewissheit abhanden kommt. Damit wird Kreativität und Individualität, die nicht nur den Einzelnen wachsen und reifen lässt, sondern auch zu Wachstum und Entwicklung der Gesellschaft unabdingbar ist, unterdrückt. Daher wollen wir keine flächendeckende Videoüberwachung in unserer Innenstadt oder unseren öffentlichen Verkehrsmitteln.
Dem Datenschutz messen wir deshalb auch in Düsseldorf besondere Bedeutung bei. Die FDP in Düsseldorf unterstützt die Initiative der schwarz-gelben Koalition im Bund, eine Stiftung Datenschutz zu errichten, und fordert alle Düsseldorfer Unternehmen, vor allem im Bereich der Telekommunikation auf, sich aktiv an der Etablierung höchster Datenschutzstandards zu beteiligen. Wir setzen darauf, dass Düsseldorf nicht nur Top-Plätze bei High-Tech und Telekommunikation einnimmt, sondern auch beim Umgang mit den dabei anfallenden Daten. Für die FDP in Düsseldorf ist klar, dass Datenschutz auch im Verwaltungshandeln oberste Priorität besitzen muss. Eine Verwaltung, die, wo immer möglich, bei ihren Angeboten die Notwendigkeit der Erhebung persönlicher Daten überprüft und reduziert, schafft Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern und vermindert auch die Gefahr von Missbrauch der Daten sowie Datenpannen.
- die Stärkung des Verbraucherschutzes Wachstum bei den Unternehmen fördert, die mit guter Qualität, Sicherheit für ihre Kunden und der Achtung gesetzlicher Vorschriften am Marktpunkten.
Unternehmen, die durch "schwarze Schafe" in ihren Branchen kein Vertrauen mehr genießen, können unverschuldet nicht entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrem guten Angebot wachsen. Für die FDP in Düsseldorf ist daher klar, dass Vorschriften zum Verbraucherschutz in unserer Stadt konsequent umgesetzt werden müssen. Mit ausreichenden Kontrollen im Bereich des Lebensmittelrechts wollen wir sicherstellen, dass die Verbraucher in Düsseldorf sich der Qualität der Produkte gewiss sein können. Durch die konsequente Beachtung des Verbraucherinformationsgesetzes trägt die Stadt Düsseldorf gegenüber den Menschen in unserer Stadt dazu bei, dass Transparenz gewahrt und Missstände schnell aufgedeckt werden. Geheimniskrämerei darf es nicht geben, wenn es um Sicherheit von Lebensmitteln und die Gesundheit der Menschen unserer Stadt geht.
- durch den Abbau bürokratischer Hürden bürgerschaftliches Engagement gefördert wird. Unsere Gesellschaft wächst und profitiert, wenn die Menschen sich füreinander und für das Gemeinwohl engagieren. Das Ehrenamt in unserer Stadt wollen wir fördern und unterstützen. Wachstum für unsere Gesellschaft bedeutet auch Zusammenwachsen. Daher sind für uns Projekte und Initiativen, die sich für Integration und gegenseitiges Verständnis einsetzen, von besonderer Bedeutung.
- dass Kinder unter dem besonderen Schutz der Gesellschaft gut aufwachsen können.
Gute Betreuungsangebote kann der Staat nicht alleine zur Verfügung stellen. Zum Wachstum gehört es für uns ganz besonders, dass Kinder so aufwachsen können, dass sie soziale Kompetenz erwerben, ihre Neugier stillen und schon früh in ihren Talenten gefördert werden. Nachbarschaftshilfen oder Elterninitiativen zur Kinderbetreuung sind für uns daher besonders förderungswürdig.

Wir wollen daher die bürokratischen Hürden bei der Einrichtung von Kindertagesbetreuungen senken und durch die Stadtverwaltung Hilfen anbieten, um durch bürgerschaftliches Engagement gerade Kinder zu unterstützen, ohne dabei jedoch bei der Qualität der Betreuungsstellen und des Personals Einschränkungen hinzunehmen.

- die Bereicherung unserer Gesellschaft durch Ältere, die die Grundlagen für künftiges Wachstum durch ihre Erfahrungen und ihr Wissen gelegt haben, ausdrücklich gewürdigt wird. Gesicherte Pflege im Alter, aber auch eine altersgerechte Gestaltung unserer Stadt geben uns die Möglichkeit, uns durch Lebenserfahrung weiterzuentwickeln. Wir wollen daher unsere Stadt für alle Generationen lebenswert erhalten und beim Wachstum Düsseldorfs darauf achten, dass die vielfältigen Angebote etwa bei Kultur, beim Sport oder der Naherholung für Menschen allen Alters zugänglich sind.
- Leistungs- und Breitensport weiterhin gefördert werden. Gerade im Sport wachsen Menschen über sich hinaus. Sport trägt erheblich zur Entwicklung unserer Gesellschaft bei, indem er vor allem im Verein Integration, Fairness und Verantwortung unterstützt. Die Sportstätten unserer Stadt wollen wir daher vor allem für den Breitensport weiter ausbauen. Die zahlreichen Sportvereine wollen wir auch weiterhin fördern und ihnen auch die Möglichkeit geben, mit Schulen zu kooperieren, um Nachwuchs zu fördern und mehr Menschen für Sport zu begeistern. Aber auch im Bereich des Spitzensports hat Düsseldorf viel zu bieten. Die Leistungen stacheln viele andere dazu an, sich anzustrengen und selbst an sportlichen Herausforderungen zu wachsen. Der Spitzensport ist zudem ein Aushängeschild für unsere Stadt. Wir unterstützen daher die Anstrengungen der schwarz-gelben Koalition im Bund, auch in Zeiten knapper Kassen den Spitzensport angemessen zu fördern und setzen uns dafür ein, dass Düsseldorf angemessen davon profitiert. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist das Sportinternat, welches dazu beiträgt, junge Leistungssportler zu fördern und damit den Spitzensport in Düsseldorf nachhaltig zu unterstützen.

Der Antrag wurde angenommen!

Freiheit und Sicherheit für Düsseldorf (19.06.2012, Antragssteller: Junge Liberale Düsseldorf)

„Freiheit ist das zentrale Gut des Liberalismus. Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und die Abwesenheit äußerer Zwänge sind für uns Liberale maßgebliche Ideale. Freiheit ist dabei nicht zu verwechseln mit Beliebigkeit und Willkür. Sie findet ihre Grenzen in den Schranken des Rechtes, das alle Menschen bindet und ihre Freiheit schützt. Für uns ist die Schaffung und Durchsetzung des Rechts die erste und wichtigste Aufgabe des Staates.

Freiheit braucht Sicherheit. Um persönliche Freiheit leben zu können, müssen die Bürger sicher sein, dass der Staat ihre Rechte schützt und durchsetzt. Freiheit und Sicherheit befinden sich in einem permanenten Spannungsverhältnis. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar, Sicherheit ohne Freiheit wertlos. Wir Liberale garantieren beides. Statt auf symbolische neue Eingriffsbefugnisse für Sicherheitsbehörden setzen wir als entschiedene Vertreter eines freiheitlichen Rechtsstaates auf die konsequente Anwendung und Durchsetzung des bestehenden Rechtes. Die Qualität eines funktionierenden Rechtsstaates steigt nicht mit der Anzahl der Gesetze und Verordnungen, sondern mit deren Effektivität und Effizienz. Weder akzeptieren wir unnötige Eingriffe in die individuelle Freiheit der Menschen, noch ein dauerhaftes Vollzugsdefizit geltenden Rechtes. Dabei ist für uns klar, dass bei der Rechtsdurchsetzung die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt werden muss. Totale Sicherheit und Ordnung kann und wird es nicht geben.

Freiheit und Sicherheit sind nicht bloß Landes- und Bundesthemen. Gerade auch in ihrer unmittelbaren Umgebung leben die Menschen ihre Freiheit und brauchen objektive und subjektive Sicherheit. Die Stadt kann durch vielfältige Maßnahmen zur Auflösung des Spannungsverhältnisses beitragen und so am Ende beides leisten: Freiheit und Sicherheit für Düsseldorf.

Die Herstellung von Sicherheit und die Bekämpfung von Kriminalität sind originäre Aufgaben der Polizei. Präventionsarbeit kann und muss aber auch die Stadt leisten. Vielfach kann durch städtisches Handeln die Kriminalitätsgefährdung deutlich gesenkt werden. In der Vergangenheit war es vielfach die Städtebaukultur, durch die Angsträume und Kriminalitätsschwerpunkte erst geschaffen wurden.

Hier wollen wir den positiven Trend zu einer lockeren und freundlicheren Stadtplanung weiter vorantreiben. Öffentliche Angsträume sind abzubauen, potentielle Tatorte durch städtebauliche Maßnahmen zu entschärfen. Wir wollen

- bereits bei der Planung von städtebaulichen Maßnahmen die Sicherheit der Bürger in die Überlegungen einbeziehen;
- öffentliche Angsträume und Kriminalitätsschwerpunkte durch bessere Lichtverhältnisse, eine verstärkte Grünpflege und ansprechende Stadtmöblierung heller, übersichtlicher und freundlicher gestalten;
- alle Unterführungen im Düsseldorfer Stadtgebiet bei Dunkelheit ausleuchten;
- an Haltestellen des ÖPNV sowie in deren unmittelbarer Umgebung das Sicherheitsgefühl durch gute Lichtverhältnisse und eine Rückführung von unübersichtlichem Gebüsch verbessern;
- Vorschläge der Bürger aufnehmen und prüfen, an welchen Orten die Beleuchtung verbessert und unübersichtliches Gestrüpp zu Gunsten von Rasenstreifen zurückgeführt werden kann.

Ein wesentliches städtisches Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ist der kommunale Ordnungs- und Servicedienst (OSD). Dieser leistet einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung der Aufgaben des Ordnungsamtes und der Düsseldorfer Straßenordnung. Über seine Streifentätigkeit erhöht er nachhaltig das Sicherheitsgefühl der Bürger und steht ihnen im Sinne des Servicegedankens als Ansprechpartner und Helfer zur Seite. Er hat seine optimale Personalstärke erreicht. Wir werden insbesondere die Aufgaben des OSD weiter optimieren und seinen Servicegedanken stärken. Wir wollen insbesondere

- Keine weitere Übertragung polizeilicher Befugnisse (wie das Erteilen von Platzverweisen oder die Anwendung von unmittelbarem Zwang) an den OSD;
- keine Sonder- und Wegerechte für den OSD. Dessen Dienstfahrzeuge benötigen kein Blaulicht und keine akustische Signalanlage;
- die Kooperation mit der Polizei fortsetzen und das Modell der Doppelstreifen beibehalten. Dabei dürfen die Aufgaben jedoch nicht vermischt werden, die jeweiligen Zuständigkeiten und Befugnisse müssen für die Bürger klar erkennbar sein;
- die Uniform des OSD freundlicher und bürgernäher machen. Das Barett ist als militärische Kopfbedeckung für den OSD inakzeptabel;
- eine zweckmäßige Ausstattung, aber keine teuren Prestigeobjekte wie Segways o.ä. Zur Ausrüstung soll außer einem Pfefferspray zum Selbstschutz keine Bewaffnung gehören; Diensthunde benötigt der OSD nicht;
- die Streifentätigkeit des OSD lageangepasst enden lassen. Freitags und samstags kann sie über die bestehende Zeit hinaus verlängert werden.

Durch das Setzen der richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen hat die Stadt die Möglichkeit, zu mehr Sicherheit und Ordnung in Düsseldorf beizutragen. Gleichzeitig dürfen Freiheits- und Bürgerrechte nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Hier werden wir auch in Zukunft für die richtige Balance sorgen. Wir wollen insbesondere

- keine Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze. Lediglich Kameraüberwachung auf Bahnhöfen, in unterirdischen Haltestellen und in Bussen und Bahnen des ÖPNV sowie an Orten, an denen ein aktueller konkreter polizeilicher Anlass besteht, halten wir in bestimmten Fällen für angemessen;

Sport steht für friedlichen Wettkampf, fair play und wirkt durch seine integrative Funktion friedensstiftend in die Gesellschaft. Notwendige Voraussetzung dafür, dass möglichst viele Menschen sich friedlich beim Sport versammeln können, ist ein hohes Sicherheitsniveau bei Großveranstaltungen wie etwa Fußballspielen. Gewalttätige Hooligans oder auch falsch verstandene Fankultur, die Menschen in Gefahr bringen können, wie etwa das Abbrennen von Feuerwerkskörpern in vollbesetzten Stadien, dürfen daher nicht toleriert werden. Vielmehr ist es erforderlich, dass im Zusammenwirken aller Akteure Ausschreitungen wirksam begegnet und ein möglichst hohes Sicherheitsniveau geschaffen wird. Vereine, Fans und öffentliche Sicherheitskräfte müssen hier zusammenwirken, um Gewalt zu verhindern.

- Die FDP Düsseldorf begrüßt daher die zahlreichen Dialogangebote zwischen Fans, Polizei, Fortuna und anderen Sportvereinen, der Stadt Düsseldorf sowie weiteren Betroffenen wie insbesondere den Anwohnern oder den Wirten in der Altstadt. Die FDP Düsseldorf würdigt die Arbeit des Fanprojekts des Jugendrings Düsseldorf ebenso wie das Engagement der Fanbeauftragten der Düsseldorfer Vereine. Die bestehenden Dialogangebote zwischen der Fortuna, den Fanverbänden, der Polizei, der Rheinbahn, den Rettungsdiensten und den Anwohnern und der Gastronomie sind für die FDP Düsseldorf wichtige Grundlage zur Weiterentwicklung des Sicherheitskonzepts. Die FDP-Düsseldorf begrüßt die intensive Aufarbeitung der jüngsten Ereignisse und setzt sich gemeinsam mit der Ratsfraktion der FDP dafür ein,
- unter Wahrung der Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte der Fans die effektive Kontrolle der Sicherheit mit dem Ziel, soweit als möglich das Verbringen verbotener Gegenstände in das Stadion zu verhindern, weiter zu verbessern,
- die Zusammenarbeit von Polizei und vom Verein bestellten privaten Sicherheitskräften zu analysieren und etwaige Schwachstellen bei der Koordinierung auszuräumen,
- eine breite gesellschaftliche Initiative für „Fair Play in Düsseldorf“ unter Einbeziehung von Sportvereinen, Schulen und Unternehmen voranzubringen.

Die FDP Düsseldorf ist darüber hinaus der Ansicht, dass

- der Einsatz von Überwachungstechnik in Fußballstadien oder bei anderen Großveranstaltungen sich strikt an den Vorgaben der Verhältnismäßigkeit orientieren muss,
- Vorhaben wie das von der EU geförderte Programm INDECT, mit dem etwa eine Videoüberwachung zur Gesichtserkennung oder von „abnormen“ Verhalten in Menschenmassen unter Verstoß gegen die Grundrechte der Betroffenen erforscht werden sollen, abzulehnen sind.
- keine Alkoholverbote am Burgplatz oder anderswo. Diese wären unverhältnismäßige Eingriffe in die persönliche Freiheit der Menschen;
- § 6 der Straßenordnung (störendes Verhalten auf Straßen und in Anlagen) auch in Zukunft maßvoll und umsichtig anwenden;
- Straßenprostitution soweit wie möglich zurückdrängen; für betroffene Frauen muss es Beratung und Ausstiegshilfen geben;
- die Durchsetzung des Jugendschutzes auch weiterhin gewährleisten. Durch die Stadt durchgeführte Alkohol-Testkäufe lehnen wir aber ab; der Staat darf nicht absichtlich Gelegenheiten zur Begehung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten schaffen;
- keine Einführung von Bürgerstreifen oder Bürgerwehren;

Eine reibungslose Zusammenarbeit von städtischen Ämtern und den Landesbehörden ist elementar zur Gewährleistung der Düsseldorfer Stadtsicherheit. Ohne die Polizei und die Gerichte mit einzubeziehen, ist kommunale Sicherheitspolitik nicht denkbar. Wir wollen

- eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Jugendamt, Staatsanwaltschaft und Gerichten, um Jugendkriminalität effektiv zu bekämpfen. Hierfür sind von städtischer Seite auch weiterhin die Bedingungen zu schaffen;
- die hohe Polizeipräsenz in der Altstadt an Wochenendnächten erhalten;
- keine Entkriminalisierung sog. Bagatelldelikte. Jede kriminelle Handlung ist ein Grenzübertritt, der für den Täter Folgen haben muss. Hier darf es keine falsch verstandene Toleranz der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden sowie der Gerichte geben.

Die Jungen Liberalen treten politischem Extremismus gleich welcher Couleur entschlossen entgegen. Wir lassen nicht zu, dass politisch Verwirrte unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Grundrechte und den Rechtsstaat in Frage stellen. Obwohl Düsseldorf als bunte und tolerante Großstadt vergleichsweise gut dasteht, muss auch hier dem Links- und Rechtsextremismus sowie religiösem Fundamentalismus das besondere Augenmerk der Zivilgesellschaft gelten. Die Gestaltungshoheit des gesellschaftlichen Miteinanders muss auch weiterhin in den Händen der Zivilgesellschaft liegen. Wir wollen

- gesellschaftliche Initiativen zur Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus, Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Antisemitismus in ihrer wertvollen Arbeit anerkennen und fördern;
- dass die Stadt an den Düsseldorfer Schulen verstärkt für Projekte gegen Extremismus wirbt und diese begleitet;
- die Stiftung eines Düsseldorfer Toleranz-Preises anregen. Dieser soll jährlich in feierlichem Rahmen an eine einzelne Person, eine Personengruppe oder eine Institution vergeben werden, die sich in Düsseldorf besonders um die Bekämpfung von Extremismus und um die Integration der Menschen in die Zivilgesellschaft verdient gemacht hat. Mit der Auszeichnung soll eine finanzielle Zuwendung zu Gunsten des honorierten Projektes verbunden sein. Die Kosten hierfür können durch das Sponsoring von Unternehmen gegenfinanziert werden, die sich mit den Idealen des Preises identifizieren möchten;
- sicherheitsrelevante Ausweisungen und Abschiebungen durch die kommunale Ausländerbehörde auch weiterhin vornehmen lassen. Personen ohne deutschen Pass, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik gefährden oder zur Gewalt aufrufen, müssen von der kommunalen Ausländerbehörde entsprechend den Möglichkeiten des § 54 AufenthG konsequent ausgewiesen werden;
- dass sich die im Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien vor dem Hintergrund der im Stadtrat auch vertretenen Parteien der politischen Ränder ihrer Verantwortung bewusst sind. Auch bei grundverschiedenen und gegensätzlichen Positionen ist es wichtig, den Randparteien nicht durch Polemik in die Hände zu spielen. Wir wollen, dass sich der demokratische Prozess der Willensbildung durch den Austausch von Argumenten vollzieht. Ziel ist dabei nicht unbedingt die Konsensbildung, sondern die respektvolle Darstellung von Differenzen mit dem Ziel, den Bürgern im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft verschiedene Alternativen aufzuzeigen und anzubieten.

Der Antrag wurde angenommen!

Schuldenfrei in die Zukunft (19.09.2012, Antragssteller: Junge Liberale Düsseldorf)

Düsseldorf geht es gut. Ausgezeichnet durch eine überdurchschnittliche Wirtschaftskraft, ho-he städtische Investitionen in Kinderbetreuung und Bildung, wegweisende Verkehrs- und Infrastrukturprojekte, ein reichhaltiges kulturelles Angebot und ein dichtes Sozialnetz erreicht Düsseldorf hinsichtlich der Lebensqualität regelmäßig Spitzenpositionen unter allen europäischen Großstädten. Die hervorragende Situation in unserer Stadt ist dabei nicht selbstverständlich, sondern wird maßgeblich durch die seit 2007 bestehende Schuldenfreiheit ermöglicht. Wo andere Kommunen horrende Zinslasten schultern müssen und aufgrund steigender Refinanzierungskosten immer weniger gestalten können, kann Düsseldorf gezielt in Wachstum und Wohlstand investieren. Diese finanzielle Aktionsfähigkeit macht die kommunale Selbstverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar und motiviert zu eigenem Engagement. Als Garant für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und als Ausdruck generationen-gerechter Politik ist die Schuldenfreiheit Düsseldorfs für uns Liberale ein herausragendes Gut, ihr Erhalt unser Auftrag.

Auch in finanziell schwierigen Zeiten gilt, dass Schulden nicht die richtige Antwort sind. Zur Deckung des aktuellen Haushaltsdefizites müssen daher andere Wege beschritten werden. Vom Prinzip

ausgehend, dass die städtischen Ausgaben die Einnahmen nicht übertreffen dürfen, muss über Anpassungen auf beiden Seiten gesprochen werden. Eine kritische Überprüfung der städtischen Aufgaben und deren anschließende Optimierung muss hierbei im Zentrum stehen. Wir fordern, dass der Anteil der Ausgabenanpassungen an der Gesamtkompensation mindestens zwei Drittel ausmacht. Darüber hinaus wollen wir die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer und die Beitragsfreiheit in der Kindergartenbetreuung von Anpassungen ausnehmen, um gewonnenes Vertrauen nicht zu beschädigen, Planungssicherheit zu gewährleisten und Düsseldorf als attraktiven Wirtschaftsstandort zu erhalten.

Der Antrag wurde angenommen!

Potentiale erkennen – Radverkehr stärken (19.09.2012, Antragssteller: Junge Liberale Düsseldorf)

Der Radverkehr in Düsseldorf hat enormes Potential. Die richtigen Rahmenbedingungen vorausgesetzt, kann er zu einer verkehrs-, umwelt- und gesundheitspolitisch wünschenswerten Entlastung des motorisierten Individualverkehrs beitragen. Das Rad ist dabei nicht nur für den Freizeitverkehr relevant, sondern auch als ein wichtiges Verkehrsmittel im Berufsverkehr. Hinsichtlich der anfallenden Kosten, der Durchschnittsgeschwindigkeit, fehlender Stau- und Parkplatzabhängigkeit sowie großer Flexibilität ist der Radverkehr für viele Menschen grundsätzlich eine echte Alternative zur Nutzung von Auto oder ÖPNV. Viel zu oft stehen der Entscheidung pro Rad aber unnötige Hindernisse im Weg. Diese wollen wir beseitigen und in Düsseldorf Rahmenbedingungen schaffen, die den Radverkehr neben Autoverkehr und ÖPNV als dritten großen Verkehrsträger etablieren. Ziel ist dabei nicht die ideologisch begründete einseitige Förderung eines bestimmten Verkehrsträgers, sondern die bedarfs- und potentialgerechte Gleichbehandlung des Radverkehrs mit anderen Verkehrsträgern.

Bereits in der Planung neuer Verkehrsanlagen müssen die Interessen des Radverkehrs zukünftig entsprechend des Bedarfs und der Entwicklungspotentiale berücksichtigt werden. Bei bestehenden Anlagen müssen überall dort Veränderungen erfolgen, wo es nach dieser Abwägung notwendig und finanziell sowie mit Rücksicht auf den restlichen Verkehr vertretbar ist. Wir fordern daher:

1. Die Mittel zur Förderung und zum Erhalt des Radverkehrs sollen im Haushalt separat ausgewiesen werden.
2. Es sollen weitere Fahrradspuren geschaffen werden; plötzliche Enden dieser Spuren müssen beseitigt werden (insbesondere in Kreuzungsbereichen).
3. Verlaufen Radwege nicht als Teil von Gehwegen, so sollen sie in Zukunft asphaltiert statt gepflastert werden. Darüber hinaus sind sie baulich auf eine Durchschnittsgeschwindigkeit des Radverkehrs von mind. 20 km/h auszulegen, wo immer möglich.
4. Der unmittelbar westlich der Münchener Straße verlaufende Geh- und Radweg soll in einem Pilotprojekt zu einem Radschnellweg ausgebaut werden. Er soll für den Radverkehr die zentrale Wegeverbindung zwischen Bilk und Benrath werden. Hierzu soll der Weg neu asphaltiert und als Fahrradschnellweg ausgeschildert werden, wobei er für Fußgänger freizugeben ist. Im Bereich „Itterstraße“ muss der westliche Kreuzungsbereich baulich verändert werden, sodass der Radverkehr maximal eine Ampel zu überwinden hat. Zur Akzeptanzförderung ist diese „Fahrradautobahn“ entsprechend auszuschildern.
5. Perspektivisch muss es in Düsseldorf ein gut ausgeschildertes Radwegenetz geben, das Radfahrern kurze und sinnvolle Wegeverbindungen bietet. Das Konzept, den Radverkehr vorrangig durch Nebenstraßen und Grünstreifen zu lenken, wird von den Radfahrern aufgrund der Unübersichtlichkeit und z.T. langen Umwegen nicht angenommen und muss modifiziert werden.
6. Zur Reduzierung der Geschwindigkeit des motorisierten Verkehrs eingesetzte Bodenhindernisse dürfen den Radverkehr nicht behindern. An beiden Seiten ist eine barrierefreie Durchfahrt sicherzustellen.
7. Die kurzfristigen Mietmöglichkeiten von Fahrrädern (auch für Einwegstrecken) müssen bedarfs- und potentialgerecht weiter gefördert werden.

Der Antrag wurde angenommen!